

Bevor dies Jahr zu Ende geht, wollen wir Euch noch eine zweite Ausgabe unseres Rundbriefs *bescheren*.

Unsere letzte Mitgliederversammlung hat dem Projekt nun endlich einen Namen verpasst, der uns in jeder Hinsicht Programm sein soll... Merci an Chrischi für die Idee und das Design!

Eigentlich hatten wir ja angekündigt diese Ausgabe würde als Schwerpunkt das Thema

Wahlen haben. Wir haben uns nun aber entschlossen, dieses Thema zu bearbeiten, wenn unsere Kandidat-inn-enliste für die Grossratswahl eingereicht ist und das Wahlkampfprogramm steht. Dies sollte Ende Januar der Fall sein.

Nichtsdestotrotz hoffen wir, dass auch diese Ausgabe das ein oder andere interessante Thema für Euch bereit hält...

INHALT

Jahresrückblick der PdA Bern	1
Das Innenministerium fordert, dass wir das Programm ändern	3
Die Revolte in Frankreich - ein Blick auf Kommendes?	5
Gegen Behördenwillkür und Ausgrenzung	8
Das WEF ist überall - wir auch!	9

PdA Bern 2005

Allüberall stehen die Rückblicke an. Wie war das Jahr 2005? Was hat sich ereignet? Worüber haben die Medien berichtet? An was sollen und an was wollen wir uns erinnern? Um einen solchen Rückblick zu schreiben, der zumindest unser politisches Umfeld beleuchtet - schweizweit, weltweit, ... - dazu fehlt uns leider die Zeit. Der folgende Überblick soll euch und uns aber zumindest erinnern/zeigen, was die PdA Bern im 2005 unternommen hat (ausser Sitzungen diverser Arbeits-, Vorbereitungsgruppen, des Vorstands, ...), an welchen Aktionen wir u.a. beteiligt waren und was wir bewegt haben.

- Ohne Gewähr auf Vollständigkeit -

JANUAR

- 11.1. Mitgliederversammlung, *Jahresplanung 2005*; nach unserem Wahlerfolg gründet sich die AG Stadtrat, die unsere Stadträtin seitdem kräftig unterstützt

- 20.1. *WEF gehört die Stadt* - Verteilaktion vor dem Rathaus

- 22.1. *WEF gehört die Stadt?* - anstelle der verbotenen Anti-WEF Demo finden vielfältige Aktionen im von der Polizei besetzten Bern statt. Wir nehmen uns unser Recht auf Demonstrationenfreiheit: Wir sind da, wir sind überall!

- 27.1. Erfolgreiche Anti-WEF Demo

FEBRUAR

- 5.2. Vorwärts-Fest in der Roten Fabrik

- 8.2. Mitgliederversammlung, Inhaltliche Themen: Personenfreizügigkeit, Kantonale Abstimmungen vom 27.2.

- 12.2. Nationales Treffen der UnterstützerInnen von *A-Gauche-Toute!* in Bern

MÄRZ

- 8.3. Mitgliederversammlung zum Internationalen Frauentag mit einem Film über Rosa Luxemburg
-

12.3. Antifaschistischer Abendspaziergang in Bern, unser Slogan *Faschismus - Das Kapital ist so frei*

APRIL

1.4. Gründungsversammlung des Komitees gegen die Initiative *Reitschule für alle* mit Beteiligung der PdA Bern

5.4. Mitgliederversammlung, Thema: Deutschschweizer Netzwerk der Linken

Die PdA Schweiz (PdAS) initiiert das Referendum gegen die Abschaffung der Stempelsteuer. Die Unterschriftenlisten begleiten uns bis Mitte Juni.

18.4. Der Grosse Rat tritt nicht auf die vom Regierungsrat ausgearbeitete Vorlage zur Ermöglichung eines Stimm- und Wahlrechts für AusländerInnen auf kommunaler Ebene ein. Die PdA Bern kündigt daher eine entsprechende Initiative an.

MAI

1.5. Traditionelle Maifeier, erstmals beteiligen wir uns ausser an der Demo auch mit einem Infostand

4.5. *Vorwärts PdA* Geburtstags-Soli-Essen im Breitschträff

10.5. Mitgliederversammlung, Themen: Deutschschweizer Koalition: JA! will mitmachen und stellt sich vor; Situation des Vorwärts

21. + 22. Informationstreffen in Bern zu den in Venezuela stattfindenden Weltfestspielen der Jugend und Studierenden

28.5. Erfolgreiche Sammelaktion für das Stempelsteuerreferendum am Breitenrainplatz

JUNI

5.6. Abstimmungen, u.a. zum Partnerschaftsgesetz,

Schengen-Dublin, Spitalversorgung

11.6. Sammelaktion für das Referendum gegen die Abschaffung der Stempelsteuer beim Zähringer Migros und beim Weltmarsch der Frauen, Teilnahme an der weltweiten Frauenkarawane gegen Gewalt und Armut

14.6. Mitgliederversammlung, Hauptthema: Positionspapier "Erklärung zur Situation der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz" der PdAS von 1987, geplante kantonale Initiative zum Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen

18.6. Flüchtlingstag, Grossdemonstration in Bern

28.6. *Kantonale Initiative zum Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen*,
1. Treffen potentieller UnterstützerInnen

SOMMER

15.7. Grillfest im Eichholz

16.8. Mitgliederversammlung, Thema: Grossratswahlen 2006

7.-15.8. *Für Frieden und Solidarität - Wir kämpfen gegen Imperialismus und Krieg*, Weltfestspiele der Jugend und Studierenden in Caracas/Venezuela

SEPTEMBER

3.9. Herzogstrassenfest, Stand zum *Krankenbett des Kapitalismus*

5.9. *Terroristen aus Florida* - Lesung von Horst Schäfer aus seinem Buch *Im Fadenkreuz: Kuba*, gemeinsame Veranstaltung mit der Vereinigung Schweiz-Kuba

6.9. Mitgliederversammlung, Themen: ao Parteitag der PdAS, Statutenänderungen und Funktionsweise; Beschluss der Teilnahme an den Grossratswahlen 2006, Gründung der AG Wahlen

16.9. *Aktualität der Kapitalismuskritik* - Vortrag von Werner Seppmann; zur Vorbereitung hat z.B. die AG Bildung das *Manifest der Kommunistischen Partei* gelesen

OKTOBER

2.10. *EU - Geschichte und Perspektiven* - Vortrag von Georg Polikeit, 1. gemeinsame Veranstaltung der Deutschschweizer PdA Sektionen in Zürich

4.10. Mitgliederversammlung, Themen: ao. Parteitag der PdAS, Diskussion zu den Statutenänderungen; Wahlprogramm für die Grossratswahlen 2006

15.10. Einkesselung statt Antifaschistischem Abendspaziergang in Thun

18.10. *Kantonale Initiative zum Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen*, 2. Treffen potentieller UnterstützerInnen

23.10. Versand des 1. (noch namenlosen) Rundbriefs der PdA Bern

27.10. Vortrag über die Folgen der Blockade gegen Kuba gehalten von der kubanischen Botschafterin

29.10. Reclaim the Streets - Party-Manifestation

29. + 30. Okt. Fall Nestlé*, Anhörung und internationales Forum im Kornhausforum Bern

NOVEMBER

1.11. Mitgliederversammlung, Themen: Abstimmungen vom 27.11., Grossratswahlen 2006

13.11. *El arte de vivir* Ausstellungsreihe mit kubanischen Plakaten, veranstaltet von Comedia Bern im Varieté Dekadentia

19. + 20.11. Ausserordentlicher Parteitag der PdA Schweiz in Locarno, Verabschiedung neuer Statuten

DEZEMBER

6.12. Mitgliederversammlung, Themen. Grossratswahlen, Anti-WEF, PdAS

10.12. Jahresabschlussessen der PdA Bern im Café Kairo

13.12. Die PdA Bern initiiert die Gründung des Berner Referendumskomitees gegen die Änderung des AusländerInnengesetzes

****Das Innenministerium fordert, dass wir das Programm ändern****

Verbotsdrohung gegen den kommunistischen Jugendverband Böhmens und Mährens (KSM). Präzedenzfall befürchtet.

Interview mit Veronika Sykorova, der stellvertretenden Vorsitzenden des Kommunistischen Jugendverbandes Böhmens und Mährens. Von Wera Richter, Junge Welt, BRD

F: Das Innenministerium der Tschechischen Republik hat eine Verbotsdrohung gegen den kommunistischen Jugendverband Böhmens und Mährens (KSM) ausgesprochen. Was wird dem KSM vorgeworfen?

Der Vorwand für die Verbotsdrohung ist unser Statut. Das Innenministerium behauptet, dass die darin formulierten Ziele und Tätigkeitsfelder die einer politischen Partei und nicht die einer Bürgervereinigung seien. Dabei unterscheidet sich der beschriebene Wirkungsbereich nicht von dem anderer Jugendverbände.

Unsere Dokumente stehen weder im Widerspruch zum Parteien- oder Vereinsgesetz noch zur Verfassung. Der Angriff auf unsere Organisation ist klar politisch motiviert. Um dem Verbot zu entgehen, sollen wir uns von unserer theoretischen Plattform verabschieden.

F: Woran machen Sie das fest?

Das Innenministerium hat uns aufgefordert, unser Programm zu ändern. In der Passage, die verschwinden soll, steht, dass der Kapitalismus nicht einfach reformiert werden kann. Wörtlich heisst es dort: "Die KSM kämpft deshalb für den Sturz des kapitalistischen Systems durch die Masse der Arbeitenden." Als kommunistischer Jugendverband bleiben wir dabei, dass sich die Verhältnisse nur durch einen revolutionären Bruch ändern lassen und dass das Privateigentum abgeschafft werden muss. Das ist eine Bedingung für den Aufbau des Sozialismus. Das Innenministerium will von uns, dass wir uns vom Marxismus-Leninismus, also von unserer Identität, trennen.

F: Wie ernst nehmen Sie die Verbotsdrohung?

Das Innenministerium ist natürlich in der Lage, uns zu verbieten, und wir müssen davon ausgehen, dass die Drohung ernst gemeint ist. Sie reiht sich ein in eine ganze Kette von Massnahmen gegen die linke und vor allem gegen die kommunistische Bewegung. Die Verbotsdrohung ist nur der Höhepunkt einer antikommunistischen Kampagne, die in diesem Jahr verstärkt wurde.

F: Können Sie weitere Beispiele nennen?

Der Senat hat kürzlich über einen Gesetzentwurf abgestimmt, der Kommunisten und Faschisten gleichsetzt und die kommunistische Idee kriminalisiert. Der Text soll nun im Abgeordneten-

haus behandelt werden. Das kann durchaus durchgehen, denn dort wurde bereits eine Änderung im Strafgesetzbuch verabschiedet, die besagt, dass die Billigung und Leugnung der faschistischen und sogenannten kommunistischen Verbrechen gleichermassen strafbar ist. Anfang Dezember wurde im Unterhaus ausserdem ein Antrag der Kommunistischen Partei (KSCM) abgelehnt, der die Aufhebung von Berufsverboten für Kommunisten im öffentlichen Dienst forderte.

F: Was ist der Hintergrund der antikommunistischen Hetze?

Die KSCM ist mit 41 Abgeordneten immerhin drittstärkste Partei im Unterhaus. Ihre Wahlergebnisse waren im letzten Jahr sehr gut, und die Aktivitäten der Kommunisten nehmen zu. Durch die Kriminalisierung will man wohl versuchen, die erfolgreiche Arbeit zurückzudrängen.

F: Richtet sich die Drohung also eher gegen die Kommunistische Partei als gegen den Jugendverband?

Das Innenministerium hat angekündigt, uns zum 31. Dezember zu verbieten, wenn wir nicht auf die Forderungen eingehen. Das wäre ein Präzedenzfall. Weitere Verbände und Bürgervereinigungen könnten folgen. Dahinter steht natürlich auch der Angriff auf die KSCM.

F: Wie will der KSM reagieren?

Wir sind nicht bereit, uns von unseren politischen Inhalten zu distanzieren und werden notfalls in der Illegalität arbeiten. Allerdings hoffen wir, dass wir das Verbot durch Öffentlichkeitsarbeit abwenden können. Denn wir sind im Recht und befinden uns eindeutig auf dem Boden der Verfassung. Wir versuchen zunächst, über die Verbotsdrohung zu informieren, und rufen dazu auf, beim Innenministerium zu protestieren.

Protestschreiben an das Innenministerium der Tschechischen Republik:

Ministerstvo vnitra
Oddelení volební a sdružování
Náměstí Hrdinu 3
#140 21 Praha 4
Fax: 974816872
E-Mail: stiznosti@mvcr.cz,
benesova@mvcr.cz,
krivova@mvcr.cz

Kontakt zum KSM:
international@ksm.cz

Die Revolte in Frankreich – ein Blick auf Kommendes?

Von Pierre Poulain

Ausnahmezustand wie zu Zeiten des Kolonialkriegs, verschärfte Polizeipräsenz mit schwerbewaffneten "Sondereinheiten" in den Strassen, Haussuchungen und Schnellgerichtsverfahren wie in einem besetzten Land, Ausweisung unerwünschter Ausländer, Drohung mit der Aberkennung der französischen Staatsbürgerschaft, und parallel dazu weitere Kriminalisierung und rechtsradikale Scharfmacherei des Innenministers gegen ganze Bevölkerungsgruppen, begleitet von entsprechender Stimmungsmache in den Medien – das sind die Mittel, mit denen die herrschende Klasse in Frankreich die "Jugendrevolte" einstweilen wieder "bewältigt" zu haben scheint. Und das im Land der grossen revolutionären Traditionen in Europa, im Land der Bürger- und der Menschenrechte, im Land von "liberté, égalité, fraternité"!

Jetzt herrscht also wieder "Ruhe und Ordnung" in Frankreich. Und "Minister Saubermann" Sarkozy findet, dass er seine Chancen im Konkurrenzkampf um die Kandidatur für die kommende Präsidentschaftswahl mit seinen Le-Pen-artigen Parolen verbessert hat.

Von den Ankündigungen des Regierungschefs Villepin, auch Massnahmen zur Bekämpfung der sozialen Missstände in den Armutsvierteln finanzieren zu wollen, ist bisher ausser dem Plan eines "Zivildienstes", in den die jungen Leute durch den Zwang der Umstände und vor allem die Arbeitslosigkeit ganz "freiwillig" gepresst werden, nichts Konkretes übrig geblieben.

Man darf sich fragen, warum die Mehrheit der regierenden Rechtspartei UMP im französischen Parlament den Ausnahmezustand just zu einem Zeitpunkt für weitere drei Monate verlängert hat, als die offiziellen Polizeiberichte vom "Abflauen" der Unruhen sprachen und viele Mandatsträger in den Kommunen und Regionen die Anwendung der Sonderbefugnisse aus der Kolonialzeit ablehnten. Natürlich werden die Verantwortlichen jede Vermutung zurückweisen, dass damit nicht nur den revoltierenden Jugendlichen gezeigt werden sollte, "wo der Hammer hängt", sondern auch die streikenden Eisenbahner und überhaupt die gelegentlich generalstreikartige Zustände hervorriefenden Gewerkschafter und andere "Unruhestifter" im Visier waren. Es ist aber kein Zufall, dass französische Gerichte zur gleichen Zeit einen Streik in Marseille gegen die Privatisierung des städtischen Nahverkehrs als "politischen Streik" für unzulässig erklärten und dass mit der Einführung von "Notdiensten" und Dienstverpflichtungen im Fall eines Arbeitskampfes bei der Eisenbahn gedroht wurde, die das Streikrecht praktisch aushebeln würden.

War das Vorzeigen des "grossen Knüppels" der autoritären Staatsgewalt also vielleicht zugleich als Probelauf für die Bewältigung sozialer Unruheherde überhaupt gedacht?

Wurde hier das Modell vorgezeigt, mit dem die herrschenden Kreise generell verschärften sozialen Krisen- und Konfliktsituationen Herr zu werden gedenken, von denen sie wissen, dass sie im Gefolge der kapitalistischen Globalisierung und ihrer neoliberalen "Bewältigung" zwangsläufig weiter anwachsen werden? Sozialabbau und Demokratieabbau sind Zwillingbrüder. Das gilt nicht nur für Frankreich.

In den meisten deutschen Medien hatte sich die Sprachregelung rasch darauf eingependelt, die französische Jugend-Revolution als "gescheiterte Integrationspolitik" zu deuten. In der "FAZ" wurde sogar die "Feministin" Alice Schwarzer aufgeboten, um den "Machismus dieser Unruhen", die "männliche Gewalt in den banlieues" in Verbindung mit "religiösem und sexistischem Fanatismus", die "Gewalt als identitätsstiftendes Element von Männlichkeit" in den islamischen Wohngemeinschaften und Familien als das eigentliche Problem anzuprangern (FAZ v. 16.11.05). In einem anderen Artikel bot die gleiche Zeitung sogar "Verwahrlosung durch Polygamie" als Erklärungsmuster an (FAZ 17.11.05). Das schürt das Klischee vom "Crash der Kulturen" und verdunkelt zugleich in der gewünschten Weise den wirklichen Kern, die eigentliche Ursache der "Explosion der Gewalt".

Dabei ist es nun wirklich nichts Neues: der Fanatismus reaktionärer Fundamentalisten und auch die Männergewalt gegen Frauen findet nirgends einen besseren Nährboden als dort, wo lebenslange Ausgrenzung und Verarmung die einzige reale Lebensperspektive sind. Aber wodurch ist die "gescheiterte Integrationspolitik" in den Vorstädten zu erklären? Sind die jugendlichen Nachfahren der vor Jahrzehnten eingewanderten Nord- und Schwarz-

afrikaner einfach infolge ihrer "kulturellen Prägung" nicht "integrationsfähig"? Oder liegt es vor allem daran, dass sie in der heutigen französischen Gesellschaft, in der sie geboren wurden, keinen Job finden und für ihr ganzes weiteres Leben keine Aussicht haben, jemals eine anständige Existenz in gesicherten Lebensverhältnissen erreichen zu können?

Die Jugendlichen in den banlieues probten den "Aufstand" nicht, weil sie sich nicht "integrieren" lassen wollten, sondern weil ihnen der real existierende Kapitalismus keine Chance auf ein menschenwürdiges Dasein in der französischen Gesellschaft bot. Die Diskriminierung und Beleidigung als "Gesindel", die Verweigerung von Gleichbehandlung und Gleichberechtigung allein wegen des Namens oder wegen der Herkunft aus einem "schwierigen Stadtviertel", die Behandlung als Menschen zweiter Klasse, die in ghettoartig isolierten, verfallenden Betonburgen ihrem Schicksal überlassen wurden, kamen hinzu. Aber die Quelle ihrer Wut war nicht in erster Linie die Öde ihrer anonymen Wohnsilos, deren Reparatur die Wohnungsgesellschaften nicht für "rentabel" hielten. Die Quelle liegt in der Aussichtslosigkeit ihrer Lebensverhältnisse in einer kapitalistischen Gesellschaft, in denen die Nachkommen der einstigen Einwanderer heute für das Profitscheffeln entweder einfach überhaupt nicht mehr gebraucht und deshalb wie überflüssige Schmarotzer behandelt werden oder aber als billige Kulis in unsicheren Minijobs ausgebeutet, schikaniert und in ein Leben unterhalb der Armutsgrenze gezwungen werden - während gleichzeitig der Reichtum einer kleinen Minderheit nie gekannte Rekorde erreicht.

Die "Krise der Vorstädte", die durch den "Jugendaufbruch" nur plötzlich sichtbar wurde, hat keine "kulturellen", "ethnischen" oder "religiösen" Ursachen. Sie ist im Kern eine von den Profit- und Ausbeutungsgesetzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems verursachte soziale Krise. Schon im "Kommunistischen Manifest" findet sich der Gedanke, dass die Bourgeoisie sich als unfähig erweist, länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben, weil sie unfähig ist, "ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern". Die soziale Lage der Menschen in den französischen banlieues ist ein "moderner" Beleg für diese Feststellung.

Übrigens lässt sich an diesen Vorgängen auch deutlich die Begrenztheit linker Kommunalpolitik und linker Reformbemühungen im Rahmen des "Gegebenen" erkennen. Die grossenteils linken Gemeinde- und Stadtverwaltungen in den banlieues, vielfach jahrzehntelang unter kommunistischer Führung, heute oft von Kommunisten und Sozialisten gemeinsam regiert, haben sich sicherlich bemüht, die schlimmsten Schäden und Auswirkungen dieses Systems und der ihm dienenden neoliberalen Politik einzudämmen. Aber mehr als "Schadensbegrenzung" ist dabei offensichtlich nicht herausgekommen. Sie blieb für die Opfer letztlich unbefriedigend. Lebensverhältnisse, die Mitbürger und Wähler, vor allem die Jungen als akzeptabel empfunden hätten, sind daraus nicht entstanden. Neben dem Geld für soziale Projekte in den Kommunen, das der Staat zugunsten von Subventionen für Grossverdiener und für die französische "Weltmachtspolitik" gekürzt hat, fehlte ihnen vor allem die Möglichkeit, den Menschen in ausreichendem Mass Arbeit und ein gesicherte Existenz zu verschaf-

fen. Dies ist im kommunalen Rahmen allein einfach nicht zu regeln.

Damit kommen wir zu der Frage, ob die "Jugendrevolte" nicht auch als eine Kritik an dieser Art von linker "Reformpolitik" zu begreifen ist. Der Mangel der "Rebellion" der Jugendlichen war ihre Ziellosigkeit, ihr blindes Wüten gegen vermeintliche oder tatsächliche Symbole des Reichtums und der Unterdrückung, das aber nicht die wirklich Verantwortlichen, sondern in erster Linie die eigenen Nachbarn und Mitbürger traf. Deshalb blieb der "Aufstand" letztlich isoliert und ohne erkennbares Ergebnis.

Aber so gut, wie die "Akteure" der Unruhen sich heute fragen müssten, was sie nun eigentlich erreicht haben und wie sie tatsächlich eine Veränderung ihrer Situation erkämpfen können, so gut müssten sich wohl auch die Linkskräfte die Frage stellen, warum sie nicht in der Lage waren, diese spontane Empörung, statt sie in sinnlosen Aktionen verpuffen zu lassen, in einen grossen Strom des gesellschaftlichen Veränderungswillens einzubeziehen, der tatsächlich gesellschaftsverändernde Kraft erreichen könnte.

Die Dringlichkeit dieser Frage ist nicht zu übersehen. Der französische Historiker Emmanuel Todd, Autor des Buches "Weltmacht USA - ein Nachruf" und vieler anderer Publikationen, weit davon entfernt, ein Marxist zu sein, sah die Sache vor kurzem so: "Jetzt wurde das System vom Aufstand der banlieue erschüttert. Es kann sich nur deshalb noch aufrechterhalten, weil seine Gegner gespalten sind."

Wenn die aktuellen Tendenzen nicht gestoppt werden, kann man sich vorstellen, dass es den Kindern der Arbeiterklasse in zehn, fünfzehn Jahren so gehen wird wie heute den Jugendlichen in den Vorstädten. Dann werden sich die unterschiedlichen Oppositionen zu einer globalen Revolte zusammenfinden" (Interview in der FAZ v. 12.11.05).

Todd formuliert diese "Vision" als Warnung an die etablierte Klasse. Vielleicht wird sie sich in der Realität auch nicht ganz so widerspruchsfrei einstellen, wie es der Autor annimmt. Aber Stoff zum Nachdenken bietet sie allemal. Sie wirft die Frage nach einer linken Strategie auf, die sich nicht auf die Verbesserung des Bestehenden beschränkt, sondern dem Bedürfnis nach einer radikalen, systemüberwindenden antikapitalistischen Alternative gerecht wird.

Veranstaltungshinweis

**2. Treffen der
AktivistInnen von A-Gauche-
Toute!**

Samstag, 14. Januar 2006 von 10-16:30 Uhr, Sitzungssaal Unia, Strassburgerstr. 11, Zürich

Programm

- Diskussion des Plattformtextes *Gemeinsames Haus der Linken* (erhältlich bei mail@pdabern.ch)
- Gemeinsame politische Kampagnen (Referenden gegen Ausländer- und Asylgesetz, Vorschlag einer eidgenössischen Volksinitiative)

Anschliessend öffentliche Veranstaltung:

Was für eine Linke der sozialen Veränderung braucht es in Europa?

Diskussion mit Gregor Gysi (Linkspartei/PDS, BRD, angefragt) und Miguel Portas (Bloc de Gauche, Portugal) und Wahlfest der AL Zürich.

Gegen Behördenwillkür und Ausgrenzung

Die von verschiedenen Organisationen ergriffenen Referenden gegen die Änderungen des Asyl- und des Ausländergesetzes werden von uns selbstverständlich mitgetragen.

Für das **Referendum gegen das Ausländergesetz (AuG)** haben wir ausgewählte Organisationen, Parteien, Gewerkschaften etc. im Kanton Bern eingeladen ein Referendumskomitee zu bilden:

Angesichts des unmittelbar bevorstehenden Beginns der Referendumsfristen haben wir am 13. Dezember beschlossen, ein kantonbernisches Komitee für das Referendum gegen das Ausländergesetz zu bilden. Es setzt sich zum Ziel, im Kanton Bern mindestens 10'000 Unterschriften für das AuG-Referendum (und nach Möglichkeit auch für das Referendum gegen das AsylG) zu sammeln. Das Komitee wird Standaktionen organisieren und für den Versand von Unterschriftenkarten sorgen.

Auf unsern ersten rudimentären Aufruf hin haben sich bereits eine ganze Reihe von Organisationen (Demokratische Juristinnen und Juristen Bern, FEKAR, Grüne Freie Liste, Kutusch, PdA Bern, Swiss-Exile, Unia Biel-Seeland, VPOD Bern Kanton) und diverse Einzelpersonen zur Mitarbeit bereit erklärt.

Um die Arbeit möglichst rasch aufnehmen zu können, laden wir alle Interessierten ein zu einer ersten Sitzung des Komitees:

Donnerstag, 5. Januar 2006, 18.30 - 20.00 Uhr, im Sekretariat der GFL Kanton Bern (Weissenhausplatz 21, Bern).

Ab jetzt wird gesammelt: schnappt Euch Unterschriftenbögen und los geht es!

Für Unterschriftenbögen siehe unseren Mail - Versand und www.auslaendergesetz-nein.ch).

Unsere erste gemeinsame Sammelaktion wird am 21. Januar stattfinden. Verbinden wir unseren Widerstand gegen den Rechtstrend mit dem Widerstand gegen das WEF!

Das WEF ist überall - wir auch!

Aufruf zu den Aktionen gegen das WEF am 21. Januar 2006

Wie jedes Jahr treffen sich Ende Januar die selbst ernannten "Global Leaders" zum WEF-Jahrestreffen in Davos. Die 1000 grössten Firmen der Welt sind zum privaten Treffen geladen, die Bevölkerung bleibt ausgesperrt. So undurchsichtig die Veranstaltung aber ist, so unübersehbar sind die Folgen der Machenschaften dieser Konzerne: Menschenrechtsverletzungen aus Profitgier, skrupellose Umweltverschmutzung, fortschreitende Umverteilung von "unten" nach "oben".

Diesen Januar gibt sich das WEF das Motto "Mastering our Future" - "unsere Zukunft meistern". Dies zeigt, um was es den Konzernchefs geht: Sie wollen unter sich nicht nur über ihre, sondern auch über unsere Zukunft bestimmen. Es scheint ihnen nicht zu reichen, heute unsere

Lebensverhältnisse zu diktieren, sie wollen die Weichen stellen, um auch künftig die Herrschaft der Welt nicht aus der Hand zu geben.

Unser Widerstand ist nötiger denn je! Wir wollen unsere Zukunft selber bestimmen. Wir wehren uns gegen die Politik der Mächtigen, die sich gegen die Bevölkerung richtet. Ausbeutung der Dritten Welt, Sozialabbau, Fremdenfeindlichkeit, Krieg und Militarismus, Angstmacherei, Grundrechtsabbau und Überwachungsstaat, Sexismus und Homophobie werden von uns nicht akzeptiert. Wir kämpfen für eine solidarische und gleichberechtigte Gesellschaft, für die Selbstbestimmung aller Menschen.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Grundrechte wie die Bewegungsfreiheit und die freie Meinungsäusserung während des WEF faktisch ausser Kraft gesetzt werden. Zentrale Protestaktionen werden dabei leicht zum Gegenstand polizeilicher und militärischer Kontroll- und Abschreckungsstrategien. Wir lehnen diese Logik ab und werden es den Sicherheitsfanatikern in den Armee- und Polizeiführungen nicht leicht machen, unsere Wut und unseren Protest weiterhin für ihre Kriegs- und Katastrophen-Übungsszenarien zu missbrauchen. Letztlich wird auch das grösste Polizeiaufgebot die Kritik am WEF und an der Politik, für die es steht, nicht zum Verstummen bringen können.

Wir rufen deshalb dazu auf, der Kritik am WEF am 21. Januar 2006 durch einen gesamtschweizerischen Aktionstag Ausdruck zu verleihen. In jeder Stadt und in jedem Dorf soll der Widerstand durch kraftvolle öffentliche Kundgebungen, Demonstrationen, Mahnwachen, Infoveranstaltungen und kreative Aktionen sichtbar werden.

Wir lassen uns nicht auf Provokationen von Polizei und Militär ein. Unsere dezentralen, koordinierten Aktionen sollen eine Unterdrückung des Protests verunmöglichen. Durch Aktionen, die überall stattfinden, setzen wir ein Zeichen der Stärke gegen die Mächtigen der Welt.

Auch DU bist aufgerufen, Dich mit Deinen Ideen und Inhalten am Aktionstag zu beteiligen!

Am 2.12.2005 unterzeichnet von:
Aktion ungehorsamer Studierenden, AUS, Aktiv Unzufrieden St. Gallen, Anti-WEF Bündnis Luzern, Anti-WTO-Koordination Bern, attac bern, attac ch, Autonome Gipfelblockade, DADAvos, Dance

out WEF, das feministische netz dafne, Greenpeace Regionalgruppe Bern, Gruppe Schweiz ohne Armee GSoA, Grüne Partei Bern-Demokratische Alternative GPB-DA, Grünes Bündnis Bern GB, Junge Alternative JA!, JungsozialistInnen Schweiz JUSO, Partei der Arbeit der Schweiz PdAS, Sozial- und Umweltforum Ostschweiz SUFO

s. auch www.nodemo.ch

Die PdA Bern hat eine Standgenehmigung für einen Infostand am Kornhaus. Wir sehen uns also alle da!

Und natürlich ebenso bei der nationalen Anti-WEF-Demo am 28. Januar in Basel, Details folgen.

Termine im Januar

- 5.1. Berner Komitee gegen Behördenwillkür und Ausgrenzung (s.o.)
- 10.1. Treffen der Grossratswahl - Kandidatinnen und Kandidaten der PdA Bern. Die Arbeitsgruppe Wahlen informiert über die PdA Kampagne zu den Grossratswahlen 2006. Volo, Lorrainestrasse 17, ab 20 Uhr
- 13.1. AG Bildung der PdA Bern, Treffpunkt: 19:45 Uhr in der Brasserie Lorraine
- 14.1. Treffen A-Gauche-Toute! (s.o.)
Dance out WEF, Bern
Tour de Lorraine, Kulturveranstaltungen zur Unterstützung der Anti-WEF-Aktionen. Es werden noch HelferInnen gesucht.
- 18.1. Mitgliederversammlung, 19:30 Uhr im Käfigturm
- 21.1. Nodemo, Aktionen der PdA Bern starten vom Infostand am Kornhaus
- 28.1. Anti-WEF Demonstration in Basel

Klassisch wie wir begonnen haben, hören wir diesmal auch auf.

Wir wünschen allen Freundinnen und Freunden,
Genossinnen und Genossen,
ein kämpferisches, erfolgreiches
neues Jahr!

Vorstand der PdA Bern